

Bezugspreis:

Verteilt über 12 Monate... 12.00 M. ...

Erziehungskasse Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtseitige Anzeigenzeile... 20 Pfennig... 100 Pfennig...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 7. September 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Englischer Gewerkschaftskongress.

Austerham, 6. September. (Reuter.) In Portsmouth wurde heute der Gewerkschaftskongress eröffnet.

J. S. Thomas' Eröffnungsrede.

Amsterdam, 7. September. (W.D.) Einer Telegramm zufolge erwarbt Thomas zu Beginn seiner Rede ein pessimistisches Bild über die allgemeine Lage.

Vertrag in einem anderen Geiste auszulegen.

als demjenigen, in dem er aufgestellt wurde. Es kann nicht bestritten werden, daß die Arbeiterbewegung der öffentlichen Meinung Ausdruck gegeben und den Wunsch der Staatsmänner bereitete hat, die England selbst auf die Gefahr eines Krieges hin in die imperialistische Politik auswärtsiger Mächte hineinzuziehen wollten.

Keine Billigung des Räteystems bedeute,

und er betonte das Recht des englischen Volkes, seine eigene Regierungsform zu wählen. Wenn das russische Volk das Sowjetssystem wählt, so ist das seine Sache.

der schwierigste sein, den man seit Jahren erlebt

haben. Tausende seien bereits arbeitslos, und es sei klar, daß das Industrieland einer Krise entgegengehe. Es seien Zeichen dafür vorhanden, daß in mehr als einem Zweige der Industrie Schritte getan würden, um die Interessen der Kapitalisten zu konsolidieren.

als Waffe jede Herausforderung anzunehmen,

die gegen die industrielle Freiheit und unsere wirtschaftliche Emanzipation gerichtet ist.

London, 6. September. (Reuter.) Der Präsident der sogenannten Irischen Republik, Griffith, hat in einem Telegramm an Wilson dessen Intervention zugunsten des Bürgermeisters von Cork erbeten.

Riga verschoben?

Die Geburt des russisch-polnischen Friedens gestaltet sich immer schwieriger. Schon konnte man glauben nach den beiderseitigen Erklärungen, daß die Wiedereröffnung der Verhandlungen bereits übermorgen erfolgen würde.

Tschitscherin über die Friedenshindernisse.

Moskau, 7. September. (Meldung des Holländisch Neuwesbureau.) Tschitscherin gewährte einem englischen Korrespondenten eine Unterredung über die allgemeine politische Lage.

beiderseitig hat fallen lassen, kein einziges Hindernis mehr für den Frieden bestehe und daß der Frieden leicht zustande kommen könne, wenn nur die englische Regierung die Sowjetdiplomatie unterstütze, wozu sie in Übereinstimmung mit ihren eigenen Erklärungen verpflichtet sei.

Auf die Frage, ob die Sowjetregierung den Polen die Forderung stellen werde, ein Referendum in diesen Gebieten abzuhalten, antwortete Tschitscherin, das ukrainische Volk habe bereits zweimal durch Vermittlung der Sowjets seinem Willen Ausdruck gegeben und auch Weißrußland habe dies bereits zweimal getan.

Vor einer neuen Russenoffensive?

Paris, 7. September. (Havas meldet aus Warschau: Die polnisch-litauischen Friedenseligkeiten sind so gut wie beendet. Die Friedensverhandlungen sollen unverzüglich in Warschau stattfinden.

Frontberichte.

Paris, 8. September. (W.D.) Ein Moskauer Funkgespräch vom 4. d. M. meldet: An der Westfront bei Prest-Litowki dauern die Kämpfe an. In der Gegend von Bladimir-Wolhass haben unsere Truppen nördlich von Grubochow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehrere tausend Gefangene gemacht.

Rein finnisch-russischer Frieden?

Stockholm, 6. September. (W.D.) „Stockholms Dagblad“ meldet aus Helsinki: Die finnische Friedensdelegation ist aus Dorpat nach Helsinki zurückgekehrt. Es ist unsicher, ob die Friedensverhandlungen mit Rußland wieder aufgenommen werden.

Die Einverleibung Nordschleswigs.

Kopenhagen, 8. September. (W.D.) Bei der heutigen Volksabstimmung über den Gesetzesvorschlag zur Einverleibung der nordschleswigschen Landesteile in Dänemark wurden nach einer vorläufigen Aufstellung für den Vorschlag 616 864 Stimmen, dagegen 19 736 Stimmen abgegeben.

Ostpreussische Stimmungen.

Aus Königsberg in Pr. wird uns geschrieben:

Die politische Stimmung in Ostpreußen ist von jeher um ein paar Grade „kontinentaler“ gewesen als die „im Reich“. Durch die Abberung, durch die den Friedensvertrag tagtäglich verlegenden polnischen Quäleren in Kottbus, hat sie in der letzten Zeit sich geradezu von der allgemeinen politischen Bewegung in Deutschland abgespalten.

Man ließ die Rechtspresse nach Verstärkung des Militärschutzes, Legalisierung des wilden Selbstschutzes rufen, meinte aber vor allem: Schutz gegen Polen. In ostpreussischen Zeitungen waren Verurteilungen bolschewistischer Unterführer zu lesen, die die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 als russisches Kriegsziel im polnischen Kriege bezeichneten.

Wichtig für die ostpreussische Stimmung war auch der verhältnismäßig recht gute Eindruck, den die bolschewistischen Soldaten machten. Die Angehörigen der Roten Armee spüren natürlich für ihre Person verhältnismäßig wenig von den Ernährungsleiden im inneren Lande, wenn sie auch im Gespräch manches davon zu erzählen wissen.

Als besonders fanatische Kommunisten gelten allgemein die Ungarn. Während eines Teiles der Kämpfe kamen auch geschlossene Chinesenformationen der Grenze nahe. Welche Vorstellungen von dem Sinn der Sache, für die sie kämpfen, mögen wohl in ihren Köpfen lebendig sein? Schon die Anschauungen der Russen über die Verhältnisse in Deutschland und in Westeuropa sind meist recht wunderbar; die bolschewistischen Soldaten sind jedenfalls geneigt, sehr viel breitere Kreise für Mitkämpfer zu halten, als die Moskauer Führer.

Mag die Befinnung in der Roten Armee nicht einheitlich und vor allem wenig geklärt, weil wenig aufgeklärt, sein, so fehlt doch anscheinend jeder Defaitismus. Ganz anders steht es bei den Polen. Bei ihnen gibt es militärisch zweifellos sehr hochwertige Truppenteile: Vor allem diejenigen Hallertruppen, die in Sibirien gekämpft haben. Die Hallertruppen sind kampferprobt, auch gut bewaffnet. Die neu ausgehobenen jüngeren Jahrgänge dagegen können, so weit sie gute Waffen haben, damit nichts anfangen. Sie sind zum Teil nur wenige Wochen lang ausgebildet worden und an der Front dann ganz hilflos geblieben. In solchen Formationen herrscht verständlicherweise eine sehr üble Stimmung. In ziemlich breiten Soldatenkreisen dürfte diese Stimmung noch wachsen angesichts der Verprechungen, die die polnische Regierung den Soldaten gemacht hat, und der Sorge, die sofort, wenn die militärische Lage es irgend erlaubt, die Blätter der Rechtsparteien gegen die Erfüllung der Verprechungen schon heute treiben. Das sich die Wege haltende parlamentarische Stärkenverhältnis der bürgerlich-nationalistischen und Großgrundbesitzerfreundlichen Gruppen einerseits, der Bauernpartei und der Sozialisten andererseits läßt die Verfratungen nicht ungerechtfertigt erscheinen, die solche Prestigegitation vielfach erringt. Eines der Hauptmittel, mit denen die nationalistische Reaktion in Polen arbeitet, die gegenseitige Verbeugung zwischen den Nationalitäten, die sich in der letzten Zeit vor allem in schweren Ausschreitungen gegen die Juden ausgelebt hat, wird für die nächste Zukunft doch gerade durch den Krieg etwas an Bedeutung verlieren. Denn in den noch Deutschland übergetretenen Teilen der Armee ist eigentlich von einem Gegensatz zwischen den jungen polnischen Bauern und etwa den jüdischen Rekruten wenig zu spüren.

Madt die Regierung Witos-Dobzynski irriterter nicht ihre Friedensversprechungen und die von ihr erneuerten Landversprechungen wahr. So kann diese Polenarmee großenteils vielleicht einmal der Vortrupp des Bolschewismus werden, selbst wenn sie denselben Bolschewismus militärisch geschlagen hat. Freilich werfen in Osteuropa schon Teilerfolge und Teilmisserfolge die Stimmung sehr leicht um.

Deutschnationale Ententehilfe.

Die Deutschnationalen behaupten gerne von sich, daß sie „das Vaterland über die Partei“ stellen. Wer sich vom Gegenteil überzeugen will, der möge einen Blick in die heutige Morgenausgabe der „Kreuz-Zeitung“ oder des „Reichsboten“ werfen. Beide Blätter bringen einen Artikel, dessen Titel ist, die Entente davon zu überzeugen, daß Deutschland sehr wohl imstande sei, die höchsten finanziellen Lasten zu tragen, die ihm die Entente aufzuerlegen gedenkt.

Ein englisches Finanzblatt „Financial News“ hat vor kurzem einen Artikel gebracht, der darlegt, daß Deutschland keineswegs so leistungsfähig sei, wie es von sich behauptet, sondern daß die Reere der Staatskassen Deutschlands lediglich eine Folge der „sozialdemokratischen Lohder- und Korruptionswirtschaft“ sei. Damit findet das deutschfeindliche Organ die begeisterte Zustimmung der beiden konservativen Blätter, die mit unendlichem Wohlbehagen spaltenlang die durch keinerlei Sachkenntnis getrübbten Darstellungen des englischen Blattes abdrucken. So erhält beispielsweise folgender Satz des englischen Organs resillosen Beifall:

„Am Hunderttausend korumpierte Beamte im Dienst zu halten, wird die Rationalisierung der Vordrücke, die sich längst als unabweisbar herausgestellt hat, aufrechterhalten. Die

Reichsliste hat sich längst als Summburg erwiesen; trotzdem gab Groß-Berlin vergangene Woche 800.000 M. für die Herstellung einer neuen Reichslistenserie aus.“

Dagegen, daß hier Hunderttausend in der Lebensmittelversorgung beschäftigte Beamte ohne Unterschied als „Korumpierte“ bezeichnet werden, hat bezeichnenderweise keines der beiden „patriotischen“ Blätter ein Wort des Widerspruches. Es geht ja gegen die verhasste Korruptionswirtschaft, da nimmt man schon — „das Vaterland über die Partei“ — eine Beschimpfung pflichttreuer Beamter hin, ebenso wie die sonstigen hanebüchernen Liebertreibungen und Unwahrheiten, die diese beiden Sätze enthalten. Die Beamten sollten sich das merken.

Ebenso begeistert wird von den deutschnationalen Blättern die Behauptung des englischen Blattes übernommen, daß infolge der Verwendungsstärkung der sozialdemokratischen Regierung der diesjährige Etat einen Fehlbetrag von 30 Milliarden Mark aufweise. Ja, ist denn der „Kreuz-Zeitung“ und dem „Reichsboten“ die Tatsache verborgen geblieben, daß wir nun schon seit mehreren Monaten eine bürgerliche Regierung haben, die ja längst, wenn die tatsächliche Möglichkeit bestände, der angeblichen „Verwendung“ hätte Einhalt tun können? Aber diese Blätter scheinen wirklich den Regierungswechsel verdrängen zu haben, sonst könnten sie unmöglich schreiben:

„Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn die Entente daraus die Folgerungen zieht, vor allem die, Deutschland müsse, wenn es ein geeignetes Ausbeutungsobjekt sein sollte, schleunigst vor den Einflüssen der korrupten Sozialdemokratie geteilt werden. Für die Sozialdemokratie allerdings ist dies Urteil vernichtend; denn sie hat dem deutschen Volke fortgesetzt eingeredet, nur eine sozialistisch-demokratische Regierung geniesse das Vertrauen der Entente! Dieser Schwindel, der schon in Spa als solcher entlarvt wurde, fällt nun gänzlich in sich zusammen.“

Außer dem „Reichsboten“ und der „Kreuz-Zeitung“ dürfte wohl jeder Mensch in Deutschland wissen, daß in Spa keine sozialdemokratische, sondern eine rein bürgerliche Regierung mit der Entente verhandelt hat!

Doch zur Hauptsache! Dem obigen Zitat gehen noch folgende Sätze voran:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Zustand (der finanziellen Erschöpfung Deutschlands, Red.) in erster Linie durch die Lohder- und Korruptionswirtschaft unter dem neuen System herbeigeführt ist, die der Engländer hier so rücksichtslos schildert. Nichts ist ferner, daß trotz der trostlosen Wirtschaftslage Deutschlands unsere Regierungen immer weiter so gewirtschaftet haben, als hätten sie unerschöpfliche Kassen hinter sich.“

Damit wird die Ansicht des englischen Blattes voll bestätigt, daß Deutschland sehr wohl, wenn es nur wollte, die unnötigen und phantastischen Summen aufzubringen imstande sei, die von den geld- und rachsüchtigsten unserer Gegner jetzt ausgedenkt werden. Bestätigt aus Gehässigkeit gegen die Republik von Blättern, die sich deutschnational und patriotisch nennen. „Das Vaterland über die Partei!“

„Wir gehen nicht in die Sklaverei.“

Luisse Zieg gegen Moskau.

Etwas verspätet bringt die „Freiheit“ noch einen Artikel von Luisse Zieg zu der Debatte über die 21 Moskauer Unterwerfungspunkte. Mit den allerhöchsten Ausdrücken lehnt Luisse Zieg diese Punkte ab. Sie steht in ihnen „eine brutale Kampfansage, ein ungeheuerliches Diktat“, dessen Annahme man nur „Sklavenseelen“ zumuten kann, während freie aufrechte Menschen diese Punkte „zornig oder hohnlachend zurückweisen“ werden. Die Punkte zeigen die „grenzenlose Menschenverachtung“, von der Lenin erfüllt sein muß. Weiter heißt es:

„Nicht willenlose Sklaven der Moskauer, sondern gleichberechtigte Kampfgenossen wollen wir sein. Wir unterwerfen uns keinem Diktat, wozu es auch kommen mag. Das Recht überlassen wir den Abgelassenen Japans.“

Darum stehen wir jeder Deutschen die Rolle vom Gesicht. Was sich ist, kann durch und nicht geändert werden. Der Oberbott.“

Ein gutes, zeitgemäßes Thema für die Verteidigungsrede der Verklagten! Etwas hat einst inmitten einer heilsamen deutschen Kultur die berühmten Verse geschrieben: „Augen sind erschreckend wie Gemitter goldne Nüchternheitsgeiten.“ Das Recht auf das Ausstreuen solcher Goldes wird man sich heute weniger als je verfürzen oder rauben lassen.

Seim Torsfischer. Heiß brennt die Sonne herab, der Wind ist endlich nach Osten herungesungen, so daß schönes Dauerwetter zu erwarten ist. Da ist die Zeit gekommen, sich das nötige Heizmaterial für den Winter zu besorgen, sofern man über ein Stückchen Land verfügt, das in seinem Innern Torf beherbergt. In der Umgegend von Berlin gibt es solche Vorzelle genug (nicht jeder Kaufmännige ist auf das kümmerliche „Gochwald“-Terrain hereinzugetreten) und mancher Jagdgast auf den Forstbahnen wird plötzlich einen Torsfisch erleben sehen, dessen Ausbeute den Besitzer der goldenen Socke entbehrt, um solchen anzusehen oder teures Holz zu kaufen. Freilich leicht ist die Arbeit nicht, auch nicht gerade sehr reinlich, aber bei hellem Sonnenschein geht sie doch flott von statten.

Wie sieht man nun Torf im primitiven, maschinenlosen Betrieb? Etwas Handwerkzeug gehört freilich dazu, aber es genügt, einen zum leichten Schneiden dienenden Stöcher und einen besonders geformten flachen Spaten zu haben. Geräte, die man wohl selbstweise sich besorgen kann. Ein einzelner Mann würde die Arbeit nicht gut bewältigen können, es müssen ihrer schon zwei sein und dazu noch ein oder zwei Helfer oder Helferinnen, die den gestochenen Torf gleich wegragen und so in kleinen Haufen legen, daß die Luft durchziehen kann.

Ist durch Graben das Vorhandensein von Torf festgestellt, so wird ein Graben aufgeworfen, von dem danebenstehenden Boden das obere Erdreich fortgeschöpft, so daß der Torf offen zutage liegt. Der zweite Mann führt den Stöcher senkrecht hinunter und gibt damit die Ränder des einzelnen Torfstückes an; der im Graben stehende eigentliche Stöcher schneidet nun mit seinem Spaten Stück für Stück wagherab ab, so daß ein Torfriegel entsteht, den er nach oben hebt, wo ihn die Hilfskräfte aufnehmen und fortbringen. Nehmen wir eine Erdschicht von etwa 80 Meter an, fortbringen. Nehmen wir eine Erdschicht von etwa 80 Meter an, dann eine Torfschicht von etwa 1 Meter, so liegt die Sohle des Torfstückes 1,80 Meter tief, und man sieht von dem Stöcher aus der Kerne nichts. Nuten in der Sohle ist natürlich grünländischer Schlamm; vielfach muß das Wasser ausgehohlet werden. Aber das Bewußtsein, ohne große Kosten Brennstoff zu fördern, läßt die Arbeit flott vorwärts schreiten. In wenigen Tagen kann das Torfschnittsquantum einer Familie gefördert werden. Und tut die Sonne ihre Pflicht, so genügen ebenfalls einige Tage, um den Torf, dessen Haufen natürlich nochmal gedempelt werden müssen, zu trocknen.

Aus meiner Kinderzeit weiß ich mich des löstlichen Torfes zu erinnern, der selbst im „Geheimratsdinkel“ das allernächste Primärmaterial war und auf den Torfläuben angelassen kam. Was freilich heutigentags vielfach als Torf verkauft wird (4 Jenner 12 W),

Die Bestimmung über den Verteilung wäre die Proklamierung eines so unerträglichen Gewissenszwanges, wie er schlimmer nicht geübt wurde zur Zeit der Inquisition.“

Wenn in der unabhängigen Partei die von Moskau verlangte „eiserner militärische Disziplin“ durchgeführt würde, so würde „ein Heer von Schulern und Riechern“, von unwissenden Maßhelden und widerlichen Streibern, aber auch von Denunzianten“ großgezogen. Alles geistige Leben in der Partei würde ersticken:

„Was wir am Militarismus am liebsten haßten, daß er die Persönlichkeit kniete, den Willen lähmte, alles Eigene und Edle im Menschen zerbrach, ihn zum bedingungslosen, blinden Geherschen zwang, das soll nun der Anschlag an Moskau für Männer und Frauen der Partei bringen.“

Der Artikel schließt mit dem Ausruf: „Wir gehen nicht in die Sklaverei!“

Was wäre wohl noch vor wenigen Wochen dem Sozialdemokraten passiert, der in einer unabhängigen Versammlung mit ähnlichen Ausdrücken über Moskau gesprochen, den Anschlag an die Dritte Internationale als „Sarajiri“ und „Gang in die Sklaverei“ bezeichnet hätte? Er hätte wohl seine Knochen im Schnurstrich zusammenleien können! — Aber es ist auch interessant, die Ausführungen der Luisse Zieg einmal unter steter Berücksichtigung der Tatsachen durchzulesen, daß ein großer Teil der Unabhängigen, nicht zuletzt in Berlin, für die Annahme der 21 Punkte ist. Das Urteil über diese, das in den russischen Ausführungen mit enthalten ist, dürfte wohl das härteste sein, das jemals von Angehörigen — einstweilen noch — der gleichen Partei über eigene Parteigenossen gefällt worden ist. Nach solchen Sätzen kann die Parteieinheit der U. S. V. nur noch als Phantom angesehen werden.

Die Schweizer gegen die 21 Punkte.

Bern, 6. September. Die sozialistischen Nationalräte Grabe r und Raine lehnen in ihren Blättern die Bedingungen zum Beitritt zur Dritten Internationale glatt ab. Grabe r erklärt in der „Semionelle“: „Der Geist der Thronerei und die drohende Sprache der Bedingungen müssen jeden empören, der nicht allen Stolz und Unabhängigkeitsstimm verloren hat.“

Staatsanwaltschaftlicher Verbrecherschutz.

Daß die Staatsanwaltschaft zum Schutze des Verbrechertums da sei, dürfte zwar den meisten Menschen nicht einleuchten, ist aber jetzt zum mindesten durch eine Tatsache belegt. In Breslau steht bekanntlich der Führer des ehemaligen Freikorps Kulod unter schwerer Anklage der Menschenverachtung während der Kapp-Zeug. Aus der Untersuchungshaft wurde Kulod wegen angeblichen Augenleidens entlassen, worüber wir feinerzeit berichteten.

Statt dessen hat jetzt die Breslauer Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Breslauer „Volkswacht“, Genossen Zimmer, ein Verbrechen wegen Beleidigung gegen die Führer des Freikorps Kulod, der 3. Marinebrigade und des Freikorps Faupel eingeleitet. Von diesen haben sich Freikorps Kulod und Faupel während der Kapp-Zeug unverblümt meuterisch, die 3. Marinebrigade zum mindesten sehr zweideutig benommen.

Wenn ein anständiger und unbescholtener Mensch beleidigt wird, so gelangt es ihm in den allerersten Fällen, den Staatsanwalt zu einem Einschreiten „im öffentlichen Interesse“ zu veranlassen. Hier aber, wo es sich um Meuterer und höchst unglückere Nämionisten handelt, denen die Verhältnisse öffentlich vorgehalten wird, schiebt sich der Staatsanwalt gedrungen, im öffentlichen Interesse vorzugehen. Was meint der Justizminister zu diesem lächerlichen Untergebenen?

Orgeschverbot für Mecklenburg.

Die (rechtsgerichtete) mecklenburgische Staatsregierung hat die Organisation Eiderich nach Meldung der III. in Mecklenburg verboten und hierzu ausdrücklich bemerkt, daß ein Verbot für die unter diese Bestimmung fallenden Verbände ihre Voraussetzung ist.

ist oft als „gehärteter Dred“ (der Leser verzeihe das harte Wort) anzusprechen und bildet die Verzweiflung der Hausfrau. Wer sein eigener Torfsteher ist, wird sich über die Güte seines Erzeugnisses leicht im Klaren sein. Drum ein frohliches „Stich zu!“ P. D.

Ein bolschewistisches Goethe-Wort. In einem russischen Notizbuch, das Eindrücke von Begegnungen mit westeuropäischen Intellektuellen und Politikern wie Gailbois, Ruffel, Rin Snowden in Moskau enthält, erzählt W. Orzow in dem demnächst erscheinenden Septemberheft des „Forum“ (Nebenbauers Verlag, Potsdam) von einem revolutionären Ausflügen in Posen, dessen Programm an der Spitze neben dem Dostojewski-Wort „Schönheit wird die Welt erretten“ ein anderes Wort enthält, das keinem anderen als — Goethe zugeschrieben wird: „Kunst ist der Weg zum Sozialismus“. Auch sonst werden Beispiele einer fast amerikanischen anmutenden Revolutionen der bolschewistischen Regierung gegeben, die mit Redensarten selbst in den kleinsten Volksgedichten nicht spart. Als größter Propagandist von beispielloser Energieentfaltung tritt Rodol hervor.

Kerbe-Geschäfte. Die Kerbe, d. i. Kirmes, wird jetzt in zahlreichen plattischen und böhmischen Ortschaften gefeiert. Nichts erscheint den Kerbeleuten schöner und wichtiger als eine richtige Kerbe, ein restloses Auslösen schöner Freuden. Neuer wollen sie nachholen, was in den trüben Vorjahren nicht erlaubt gewesen, und in großen Rahmen wird die Kerbe gehalten. Fahrendes Volk, Ringspielbesitzer, Bonbonische und Gontgudenbäder durchziehen das Land und schlagen ihre lockenden Buben auf. Ihr Geschäft trägt nie gefaltene Blüten. Noch im vorigen Jahre bestand zwischen ihnen und ihrer vernünftigen Kundschaf ein einfaches Tauschgeschäft: 1 Ei für „eine Kerbe um die Welt“; ein Schoppen Milch für „eine Kerbefahrt nach dem Wande und zurück“. Ein plattischer Ringspielbesitzer ließ sich nur mit Kartoffeln bezahlen, für eine Kartoffel eine Kerbefahrt. Als er abends „Kasse“ machte, hatte er etwa fünfzehn Kerben Erdäpfel. Der Kommunaverband soll sie dem Gläubiger abgeben aber im Nu wieder abgenommen haben. Jetzt bezahlen die Kerbeleute nur in barem Gelde.

Theater. In der am 9. September im Deutschen Theater stattfindenden Aufführung von Tolstois „Und das Licht scheint in der Finsternis“ spielt Rosa Bertens die von ihr kreierte Rolle der Alexandra Andronowa.

Die Konzerte der Volksbühne. Die Volksbühne veranstaltet im nächsten Winter 15 Konzerte, von denen je fünf den Worten Bach, Mozart und Schuberts gewidmet sind. Außerdem finden Beethovenkonzerte und Konzerte mit zeitgenössischen Kompositionen statt. Ihre Wirkung haben u. a. zugehört: Edwin Fischer, Prof. Aronson, Waldemar Füssler, Kammerorganist Julia Wala-Güntner, Georg A. Walter, Prof. Reich, das Klavierquartett Alfred Bittensberg, Alexander Groboller, Prof. Krill, Arny Hellmann, Walter Drensch, der Berliner Domchor, der Berliner Lehrergesangsverein, die Kammermusikvereinigung der Staatsoper, das Bläserorchester.

Neues von Franck. Unter dem Titel „Goetis“ erscheint im Verlag Franz Schöningh in München ein neues Werk von R. D. Franck, das eine Einführung in die Gelehe der Welt darstellt.

Das Rasiermesser.

Eine Fabel von Leonardo da Vinci.

Der große Maler Leonardo hat in der Fülle seiner Aufzeichnungen auch einige Erzählungen hinterlassen. Kurt Joaze von Mantua gibt in seinem „Sündenregister“ über den Meister (Verlag von Hugo Schmidt, München) folgende Fabel wieder:

Das Rasiermesser kam eines Tages aus der Handhabe heraus, die ihm als Scheide diente, stellte sich in die Sonne und sah diese sich auf seinem Reibe spiegeln. Dadurch wurde es sehr stolz, begann zu überlegen und sagte zu sich:

Soll ich wirklich wieder in die Wade zurückkehren, die ich soeben verlassen habe? Sicherlich nicht; da seien die Wälder vor, daß so herrliche Schönheit sich so leicht niedriger Sinesart belenne. Welcher Wahnsinn wäre es, wenn ich mich verabschiede, die eingeseiffen Wälder der rauen Bauern zu schaden und ein gemeines Sandwerk zu sein? Ist dieser Körper zu solchen Weis bestimmt? Nein, sicher nicht. Ich werde mich an einen verfechten Ort zurückziehen und dort in behaglicher Ruhe mein Leben verbringen.

So verbrachte es mehrere Monate in seinem Versteck.

Als es eines Tages wieder ans Tageslicht trat und aus seiner Scheide hervorkam, da bemerkte es, daß es wie eine rostige Säge aussah und daß seine Haut nicht mehr in der Sonne glänzte. Zu spät bereute es den nicht wieder gut zu machenden Schaden und sagte zu sich:

„O, wieviel besser wäre es gewesen in der Hand des Barbiers, meine nun verdorrte schöne und scharfe Schneide zu üben! Wohin ist jetzt meine glänzende Oberfläche? Sicher hat sie der böse und häßliche Rost zerfressen.“

Solches geschäht den Köpfen, die die Tätigkeit mit dem Nichtstun vertauschen. Sie verlieren wie jenes Rasiermesser die Schärfe ihres Geistes, und der Rost der Unwissenheit greift sie.

Der strafrechtlich verfolgte „preussische Engel“. Die der Oberbada miteilt, ist gegen die Verantworte der Dada-Ausstellung, die im Juli in Berlin stattfand, rechtsministeriell Strafamttrag gestellt worden wegen Beleidigung des Offizierskorps durch eine an die Dede gebundene Figur, „Preussischer Engel“ genannt. Er stellte das — dabei nicht gefundene — Verhältnis der Mannschaften zum Offizierskorps während des Krieges dar. Gefunden wurde bei einer gegen den Oberbada Baader vorgenommenen Hausdurchsuchung ein Brief des Oberbada an die „Deutsche Tageszeitung“, auf deren Demagogik das Strafverfahren eingeleitet wurde. Der Schluß des Briefes lautet:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Dinge nur gebessert werden können, wenn wir rücksichtslos und ohne die Wahrheit sagen.“

Botschafter-Weisheit.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Botschafterkonferenz am Montag die in drei Notizen von der deutschen Regierung gemachten Anregungen abgelehnt hat. Es handelt sich erstens um das Erreichen, eine besondere Garde zur Bewachung der in Ostpreußen übergetretenen Russen bilden zu dürfen, zweitens um den Vorschlag einer unparteiischen Kommission in Oberschlesien, drittens um den Vorschlag, die Kompetenz des amerikanischen Mitgliedes der Kommission für die Verteilung der Flugplattage, eines, anzuerkennen.

Die Vertreter der Entente in Berlin haben von der Reichsregierung verlangt, daß sie mit allen Mitteln eine Rückkehr der nach Ostpreußen übergetretenen Russen zur russischen Armee verhindere. Die Reichsregierung hat geantwortet, daß sie selbst das größte Interesse daran habe, diese Russen zu entwaffnen und festzuhalten, die Mittel dazu seien aber außerordentlich beschränkt und die Entente habe bisher weder einer Zustimmung zur Auffstellung der Ostschußwaffen Ostpreußens erteilt, noch auf den Antrag wegen Verstärkung der Reichswehr in Ostpreußen geantwortet. Die Vertreter der Entente erklärten die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten an und erklärten, daß die Botschafterkonferenz in den aller-nächsten Tagen über diese Anträge entscheiden werde. (Nach der vorstehenden Meldung ist aber die Entscheidung bereits gestern, und zwar im ablehnendem Sinne gefallen. Die Red.)

Wo bleibt Makauahs Schädel?

Das Genfer Blatt „La Revue“, eines der wenigen Westschweizer Organe, die ihre geistige Unabhängigkeit gegenüber der siegreichen Entente zu betonen wagen, druckt folgenden Brief eines Lesers ab:

Geachtete Redaktion!

Wir bitten Sie dringend, Ihre Leser über das Schicksal des berühmten Schädels des Sultans Makauah zu beruhigen, den die Deutschen laut Artikel 246 des Versailler Vertrages innerhalb sechs Monate nach Inkrafttreten des Friedens seiner Britischen Majestät auszuliefern hätten. Diese Frist ist seit dem 10. Juli abgelaufen, und weder das Reutersche noch das Wolffsche Bureau haben sich hierüber geäußert. Wachen sich da wieder hinterlistige Widerhände seitens des Besiegten geltend? Das darf man wohl annehmen, und in diesem Falle erscheinen „Strafen“ unerlässlich. Dier wäre ein Eingreifen der Senegalesen ganz besonders am Platze.

Hochachtungsvoll P. S.

Ob dieser Schädel tatsächlich abgeliefert wurde, ist uns nicht bekannt. Aber selbst wenn diese wichtige Klausel des Vertrages erfüllt worden ist, wer garantiert dafür, daß es auch der echte Makauah-Schädel war, den unsere Behörden herausgaben. Eine Befragung des Ruhrgebiets erscheint uns unerlässlich.

Keine „Schuhhaft“ in der Schweiz.

Bern, 8. September. (WZ.) Der Bundesrat beantragte in der Bundesversammlung, sie möge das von über 62 000 gültigen Unterschriften begleitete Initiativbegehren ablehnen, nach welchem in der Bundesverfassung ein Artikel aufgenommen werden solle, daß der Bund die Pflicht habe, Schweizer Bürger, welche die innere Sicherheit gefährdeten, unverzüglich in Schuhhaft zu nehmen. Der Bundesrat geht dabei hauptsächlich von der Erwägung aus, daß die Schuhhaft ein zu einschneidender Eingriff in die Freiheit der Bürger sei und den demokratischen Heberlieferungen des Landes nicht entspreche.

Georg Davidsohn bestreitet in einer Zuschrift an die „Tägliche Rundschau“ die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Korruption und Schiebererei. Bei der Vermittlung des Angebots für Herrenanzüge habe er betont, daß es sich nur um einen „Gewinn nach Piennigen“ handeln dürfe. Wir haben zu dem Inhalt der Angriffe keine Stellung genommen und die Erwartung ausgesprochen, daß sie sich als unberechtigt erweisen mögen. Nichtdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß sich an Davidsohn das alte Sprichwort bewahrheitet hat: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“.

Gegen die Wahl politischer Arbeiterräte hat sich die Landeskonferenz der Unabhängigen Arbeiterbewegung nach einem Referat von Roenen ausgesprochen, weil in der jetzigen Zeit die politischen Arbeiterräte neben der Volksversammlung der Betriebsräte kein Betätigungsfeld hätten.

Groß-Berlin

Schwache Viehbelieferung!

Großbetrieb in Friedrichsfelde. — Schwarzschlächterei.

Der Betriebsrat vom städtischen Schlacht- und Viehhof gibt uns über die recht sonderbaren Verhältnisse in der angeblich so knappen Berliner Viehbelieferung folgende interessante Darstellung:

In der Eingabe des Magistrats von Berlin an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages vom Mittwoch, den 1. September weist der Magistrat mit Recht auf die schwache Viehbelieferung mit Vieh hin und sucht die Ursache in der Zurückhaltung des Viehes durch die Viehhöfe zu finden. Das dürfte zum Teil zutreffend sein. Aber was und wieviel Vieh in Erscheinung tritt, ist das: Sollte der Berliner Magistrat keine Ahnung haben von dem Rageriechhof in Friedrichsfelde? Dort sind seit Wochen Ausräuber zu verzeichnen, an die der Berliner Viehhof nicht im Entferntesten herangeht. Auch konnte sich der Viehhof nicht davon überzeugen, daß bei weitem nicht alles Rind- und Kalbervieh war, sondern ein ganz erheblicher Teil Schlachtvieh. Das Vieh wurde durch einen Ausräuber aus Oberdiesien gekauft; auch trat, was zum mindesten verwunderlich ist, die Reichsleistung als Käufer auf. Des weiteren kaufte die Viehbelieferung des Kreis Niederbarnim am 2. September 1920 150 Rinder. Am 8. September 1920 wurden von einem Zug aus Ostpreußen sechs Waggon mit 102 Stück Großvieh und 65 Schafen nach dem Berliner Viehhof dirigiert, die restlichen 32 Waggon fanden den Weg nach Friedrichsfelde. Außerdem können wir nachweisen, daß eine einzige Viehkommissionärin in der Woche vom 23. August bis 29. August 1920 durch den Verkauf von Großvieh, Schweinen und Gänzen einen Verdienst von 40 000 M. erzielte. Weiter wurde in Erfahrung gebracht, daß ein erheblicher Teil des Auftriebes an Großvieh und Schweinen in unmittelbarer Nähe von Berlin, wie Friedrichsfelde, Richtenberg, Neuföhren, Weisensee und Reinickendorf zur Abklärung gelang.

Wenn es den Viehhöfen auch noch nicht gelingt, die Schwarzschlächterei auf friedliche Art zu ertappen, so weiß man doch, daß für jedes Stück Großvieh, das zur Schwarzschlächterei kommen soll und von einem oder dem anderen Zweier glücklicherweise vom Viehhof heruntergebracht wird, 100 bis 200 M. gezahlt werden. Wenn diese Zustände fortbestehen, ist die Befriedigung am Platze, daß für Berlin noch nicht einmal für die ersten 4 Wochen der freien Wirtschaft so viel frisches Fleisch zur Verfügung steht, da

Konferenz der Groß-Berliner Genossinnen.

Der Stellungnahme zur Reichs-Frauenkonferenz und zum Parteitag in Kassel diente eine Konferenz der sozialdemokratischen Funktionärinnen von Groß-Berlin, die unter starker Beteiligung am Montagabend im „Koenigshof Hof“ tagte.

Erste Referentin war Genossin Lodenhausen. Sie sagte unter anderem: Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat uns alle enttäuscht, insbesondere enttäuscht es die Männer in bezug auf die politische Bewährung der Frauen. Manche unserer Männer haben gesagt: Hätten doch die Frauen das Wahlrecht noch nicht gehabt! Wie liegen die Dinge: Ein Recht, sich politisch zu organisieren, haben die Frauen erst seit 1908 und ihr Wahlrecht ist allerjüngsten Datums. Wo die Männer in einem halben Jahrhundert nicht gelernt haben, das Wahlrecht richtig zu gebrauchen, da kann man doch von den Frauen erst recht nicht erwarten. Auch ein großer Teil der Männer hat bei den Reichstagswahlen versagt. Die Indifferenz ist eben bei Männern und Frauen gleichmäßig verteilt. Faßlich ist es, wenn unsere Genossinnen behaupten, die Frauen würden in der Bewegung bevorzugt. Rednerin führt mit Bezug auf Mandatsvergebung Beispiele an. 1920 waren von 58 870 politisch organisierten Parteimitgliedern 11 451 Frauen, d. h. 19,5 Proz. Die jetzigen Stadtverordnetenwahlen haben aber den Frauen bei den Mandaten nur einen Anteil von 9 Proz. gebracht. Bei den Reichstagsmandaten sind wir allerdings mit 33 Proz. beteiligt. In unserem Programm wird gefordert: die Abschaffung aller Gesetze, die die Frauen gegenüber dem Manne benachteiligen. Ich bin für Einsetzung der politischen Bestimmungen: Herbeiführung der gleichen Reichsbürgerschaft mit dem Manne und der wirtschaftlichen Befreiung der Frau. Es kann z. B. nicht gerade merkwürdig unter den Handlungsbefähigten wirken, wenn unter der verlassenen Regierung, in der sich aus Genossinnen befanden, ein Ertrag herauskommen konnte, der bei den Kommunalwahlen den Frauen zwar das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht gab. Die Ungleichheit in der sozialpolitischen Gesetzgebung hat man auch noch bei der Angelegenheitsverteilung. Rednerin geht auf die Wohlfahrtspflege ein, die auch auf die Tagesordnung des Frauentages in Kassel gesetzt worden ist. Sie bespricht die Bedeutung der Wohlfahrtspflege, die sie zugleich kritisch würdigt und von der sie sagt, daß ihre Übernahme in die öffentlichen Regie für uns nur eine Frage von Jahren sein dürfe. Und bei der Ausübung der sozialen Fürsorge dürfen wir nicht vergessen, daß wir Sozialdemokratinnen sind. Zum Ausbau der Wohlfahrtspflege muß unser Programm, das hier eine Kücke hat, ganz bestimmte Forderungen aufstellen, die ein für allemal den Genossinnen und Genossinnen, die im Dienste der Sache stehen, binden an ganz bestimmte Auffassungen.

Dann referierte Genossin Bohm-Schub, die speziell über den bevorstehenden Parteitag zu sprechen hatte. Auch sie begrüßt, daß diesmal die Reichs-Frauenkonferenz dem Parteitag vorangestellt. In der Theorie, führte sie aus, sind wir Frauen gleichberechtigt, in der Praxis sind wir es nicht. Ringsum, auch nicht im Parteileben. Wir wollen keine Vorrechte. Es steht die Entwicklung des deutschen Volkes auf dem Spiel. Die Partei, der es gelingt, das großmütigste Geschick zu haben und damit das Verhängnis der Frauen zu gewinnen, die wird die Zukunft haben. Diese Idee ist nicht hart genug in unsern Reihen verbreitet. Hier heißt es für uns, Schritt für Schritt das Terrain zu erobern. Aber es heißt

mit jeder einzelne laufen kann so viel er will, geschweige für die spätere Zeit. Vom Preis sei gar nicht erst die Rede.

Wir müssen den Parteivorständen die Verantwortung für diese Darstellung überlassen, hoffen aber, daß der Berliner Magistrat schließlich keine Aufmerksamkeit den Dingen zuwendet, die außerhalb der Mauern des Schlacht- und Viehhofes ziemlich ungelindert vor sich zu gehen scheinen.

Voller Haubetrieb auf der Nord-Südbahn.

Die von der Stadt Berlin vor dem Kriege in Angriff genommene Nord-Südbahn soll nunmehr, nachdem der Verkaufsmangel etwas behoben werden konnte, mit Hochdruck weiter geführt werden. Nach der Freigabe des Zementes ist es dem städtischen Tiefbauamt gelungen, ein kleines Zementlager in Müdersdorf zu erwerben. Hierdurch sollen die Bauunternehmer in den Stand gesetzt werden, die in Angriff genommenen Strecken so schnell als möglich zu vollenden.

Vor allen Dingen handelt es sich hierbei um den südlichen Teil der Friedrichstraße, wo schon in der nächsten Woche mit dem Betonieren der Tunnelsohle begonnen werden soll. Zwischen der Putzmeisterstraße und der Handelsstraße Velle-Alliance ist allerdings noch ein sehr schwieriges Bauwerk auszuführen, und zwar die Herstellung eines Pfahlrostes zur Ueberbrückung eines nur wenig tragfähigen Baugrundes. Die Köpfe der einzeln eingerammten Pfähle werden nach dem Rammen in eine schwere Eisenbetondecke eingebettet, auf welche die Tunnelsohle gelegt wird. Es handelte sich hierbei um die Kreuzung der Bohm mit einem alten, längst zugeschütteten Wasserlauf, der „Grüne Graben“, der früher vom Kupfergraben her in den Schafgraben, der Vorläufer des heutigen Landwehrkanals, führte. Die Strecke bis zur Teltower Straße heißt man, einschließlich der Kreuzung mit dem Landwehrkanal, im Laufe der nächsten neun Monate herzustellen. Die Strecke mit dem unsicheren Baugrund im südlichen Teil der Friedrichstraße wird im Herbst erst später fertiggestellt werden können. Auf der ganzen Strecke arbeiten bereits die ersten Staffeln der Wasserhaltungen zur Absenkung des Grundwasserspiegels.

Die Endstrecke der städtischen Nord-Südbahn, von der Teltower Straße bis Hermannplatz, soll als Los 7-9 demnächst öffentlich ausgeschrieben werden. Von dieser Strecke ist vom Lose 8 bereits ein Teil der Schachtarbeiten in der Weisenaustraße als Notstandsarbeiten bis zum Grundwasser ausgeführt worden. Nunmehr soll auch der Rest der Arbeiten vergeben werden. Damit werden also die Neuföhren-Untergrundbahnen in absehbarer Zeit auch den Anschluß an die Berliner Bahn erhalten.

Ist das — Mieterschutz?

Mieterschutz soll ja wohl eine Hauptaufgabe der Miet-einigungsämter sein. Bei manchen Entscheidungen von Miet-einigungsämtern muß man sich aber sehr fragen, wo da der Mieterschutz bleibt.

Das Miet-einigungsamt zu Königsplatz hat für eine Entscheidung gefaßt. Die auf die Obdachlos-machung eines Mieters hinausläuft. Die Familie, deren Oberhaupt im Kriege fiel, und deren einziger Sohn im Kriege ein Bein verlor, so daß ein vom Vater in Schöneberg betriebenes Restaurant-Geschäft nicht weitergeführt werden konnte, wohnt seit März 1918 in Eichwalde, dicht an der Schmöckwitzer Grenze. Der damalige Eigentümer veräußerte im Winter 1919/20 das Grundstück und kündigte dabei der Familie zum April 1920; doch genehmigte das zuständige Miet-einigungsamt Königsplatz die Kündigung nicht, weil eine andere Wohnung nicht zu haben war. Später wünschte der neue Eigentümer, ein aus Pfla nach Neuföhren verlegter Steuerretzer, diesen Mieter und auch einen anderen in dem Hause wohnenden Mieter loszuwerden, um Platz für seine eigene Familie und für seine jetzigen ebenfalls hier empfindlichen Schwiegereltern zu erhalten. Mit Zustimmung der beiden Mieter wurde schließlich die Kündigung vom Miet-einigungsamt bestätigt; aber es war ihnen zunächst noch nicht möglich, Ersatzwohnungen zu bekommen. Beide wurden vom neuen Eigentümer aufgefordert, zum 1. August zu räumen. Sie wurden dann nochmals vor das Miet-einigungsamt geladen — und nunmehr er-

auch, ohne Fragen vorwärts zu gehen, und was wir erkannt haben, energisch zu vertreten. Bei aller Anerkennung für die Bedeutung der Wohlfahrtspflege verkennt Rednerin nicht, daß für Empfänger wie für die Ausübenden eine gewisse psychologische Gefahr gegeben ist, und sie betont, daß es ihrem Gefühl widerstrebe, Wohlfahrtigkeit so zu üben, wie es bisher gehandhabt wird. Die Uebung der Wohlfahrtspflege darf nur in einer Weise geschehen, daß sie als ein Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaftsbildung erscheint. Was die Programmrevisoren angeht, so müssen die Genossinnen auf dem Parteitag dafür sorgen, daß auch die Frauen in der Bearbeitungskommission ausreichend beteiligt werden. Durch den Krieg und unter den Folgen des Krieges hat sich das Verhältnis der Wirtschaftspolitik zur allgemeinen Politik verschoben. Die Wirtschaftspolitik ist in den Vordergrund getreten und es wird auch weiter das Bestimmende sein. Hierbei möchte ich auch betonen, daß wir die Frage der Räte, insbesondere die der wirtschaftlichen Räte, nicht mit einer Handbewegung atum können, sondern und damit eingehend beschäftigen müssen. Hervorragende Aufmerksamkeit müssen wir der Jugendorganisation schenken. Rednerin erwähnt bei der Angelegenheit, daß der „Vorwärts“ die Frauorganisation und alle Fraueninteressen nicht so verteilt, wie es die Genossinnen wünschen könnten und mühen. Von dem für den Parteitag fälligen Bericht vom internationalen Kongreß in Genf erwartet Rednerin, daß er Auffklärung bringen möge über die Gründe, die unsere Delegierten veranlassen, dem deutschen Schulbescheidnis in der angegebenen Fassung zuzustimmen. Sie ist der Meinung, daß Schuld am Kriege alle beteiligten Reiche gehabt haben und daß es widersinnig sei, wenn auf einem Kongreß die Schuld einem Lande zugewiesen werde.

Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, an der zahlreiche Genossinnen teilnahmen. Unter anderem sprachen die Genossinnen Schmidt, Göttinger, Buskat, Weiß, Wachenheim, Scheibenhuber.

Als Delegierten zum Frauentag in Kassel wurden die Genossinnen Wachenheim, Frieda Müller, Scheibenhuber, Hoppe und Scholz gewählt und es wurde beschlossen, als Delegierten zum Parteitag dem Groß-Berliner Parteitag, der diese Wahl vorzunehmen hat, die Genossinnen Scheibenhuber, Scholz und Hoppe zur Wahl vorzuschlagen.

Einmütig angenommen wurde folgender Antrag: Der Parteitag wolle beschließen, je nachdem es zweckmäßig für die Bezirke erscheint, von den Frauen den gleichen Beitrag wie für die Männer zu erheben, ihnen dafür aber die „Gleichheit“ obligatorisch zu liefern, oder aber die „Gleichheit“ den Tageszeitungen als Wochenbeilage beizulegen.

erner gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Frauenkonferenz von Groß-Berlin beauftragt ihre Delegierten, auf dem Frauentag in Kassel dahin zu wirken, daß Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, die es ermöglichen, daß die ihren Haushalt ohne fremde Hilfe verfassenden Frauen als werkschaffend und werterhaltend für das Volksganze von der Gesetzgebung anerkannt werden und ihnen gleich den anderen freien Berufen eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat zugesichert wird.

teille das Miet-einigungsamt dem Eigentümer die Erlaubnis, gegen sie die Räumungsbefehle einzulegen. Der eine Mieter hat inzwischen eine neue Wohnung gefunden, der andere aber sucht immer noch Ersatz. Wird er in der Räumungsbefehl verurteilt, so kann er sich auf die Straße setzen lassen — dank dem Eingreifen des Miet-einigungsamtes! Schutz hat demnach nicht der Mieter gefunden, sondern der Eigentümer, der durchaus in sein eigenes Haus hineinziehen will.

Ein ähnlicher Fall wird aus dem Miet-einigungsamt Steglitz gemeldet. Auch dort ist einem Eigentümer, der sein Haus selbst bewohnen will, die Genehmigung zur Räumungsbefehl erteilt worden.

So entscheiden Miet-einigungsämter, ungeachtet der Anordnung des Wohlfahrtsministers, daß einem Hauseigentümer auch in seinem eigenen Hause nur durch das Wohnungsbauamt eine Wohnung zugewiesen werden darf. Ein Räumungsbefehl kann zwar nicht vollstreckt werden, bevor das Wohnungsbauamt den obdachlos gemachten Mieter eine andere Wohnung nachgewiesen hat. Aber selbst wenn das möglich wird, fallen dem auf die Straße gestellten Mieter die Rüben und Kosten eines beschwerlichen und teuren Umzugs zur Last. Sollen die Miet-einigungsämter nicht auch darauf hinwirken, daß unnötige Umzüge vermieden werden? Das scheint in Vergeßlichkeit geraten zu sein.

Die Gasverrichtungen in Berlin haben eine Ausbesserung erlangt, die zu einer öffentlichen Gefahr werden kann. Auch aus den Vororten werden täglich mehr Vergiftungsfälle gemeldet. Am Sonntag wurde die Berliner Feuerwehrgesellschaft u. a. nach der Hermannsdorfer Str. 11 alarmiert, leider zu spät; als die Sanierer der Wehr dort eintrafen, war die Frau schon tot. In der Bismarckstraße 6 und Köpenicker Str. 62 waren die Bewohnungen der Feuerwehrgesellschaft von Erfolg. Zwei weibliche Personen mußten aber nach dem Krankenhaus geschickt werden. Bei der Hermannsdorfer Str. 6, nach dem Tempelhofer Berg 2, Schwedendamm 11, der Schönhauser Allee 152, Kottbuser Str. 13, Ackerstr. 157, Mariannenstr. 4 alarmiert, wo sich Personen beiderlei Geschlechts mit Gas vergiftet hatten. Wegen einer Gasexplosion rüdte der 7. Zug nach der Rigaer Str. 83 am Sonntag mittag aus. Durch die Explosion war eine Wand zwischen einem Laden und einer Wohnung eingedrückt, mehrere Wände beschädigt worden. Der entstandene Brand konnte auf das Erdgeschoss beschränkt werden. Die Entstehung wird auf Nachlässigkeit zurückgeführt.

Unterstützung für Mietschutzämter. Der Mieterverein des Groß-Berliner Westens hat sich in einer Eingabe an die Magistrat von Wilmersdorf, Schöneberg und Charlottenburg mit dem dringlichen Antrage gewandt, einen Fonds zu schaffen, um der Mietschutzämtern die Mietschutzämter des bürgerlichen Mittelstandes, insbesondere den Beamten, Witwen, kleineren Handwerker usw. bei dem Einlauf der Heizmaterialien für die nächste Heizperiode ausreichende Unterstützung zu gewähren zu können.

Die heimischen Oberlehrer, Ortsgruppe Charlottenburg, veranstalten am Donnerstag, den 8. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule eine Protokollversammlung gegen die Vergewaltigung ihrer Heimat durch Polen und Franzosen. Es sprechen Oberlehrer Kujawa und Harrer Wladolp.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seite, 7. September:

27. Abl. 7 Uhr: Sitzung der Funktionäre und Vertrauensleute bei Dobratsch, Eichenmühl Str. 11, Ecke Kronaplatz.

Morgen, 8. September:

Mariendorfer, 7 1/2 Uhr: Gemeindefar Jahrlabend. Thema: Unsere Stellung zur Bekämpfung der Inflationspolitik im Verwaltungsbezirk 12.

Oberkreuzweide, 7 1/2 Uhr: Räteversammlung im Vereinshaus, Schillerpromenade. Tagesordnung: Die politische Lage und Stellungnahme zum Parteitag. Ref. Genosse Ulrich Kaufner.

Charlottenburg, 7 1/2 Uhr: Versammlung in den bekannten Lokalen in folgenden Bezirken: 1. 2. 3. 4. 5. Gruppe, 8. bis 13. Gruppe. Freitag, den 10. Sept., abends 7 1/2 Uhr, 6. u. 7. Gruppe. Tagesordnung: Der nächste Parteitag.

Regel, 7 Uhr: Jahrlabend in der Schulaula Treckowstraße. Vortrag: Niederschönhausen. Jahrlabend in den bekannten Lokalen. Wichtige Tagesordnung.

